



# Bürgerenergie für Berlin

Ausgerechnet in der Hauptstadt des Energiewende-Landes Deutschland **war bisher nicht viel los in Sachen erneuerbare Energien**. Einwohner der Metropole wollen das ändern.

Von Anne-Katrin Wehrmann

**N**eulich in der Show von Maybrit Illner: „Ich habe meine Unterstützung für diese und ähnliche Projekte immer offen zum Ausdruck gebracht, da können Sie mich auch gerne mal zu Ihren Veranstaltungen einladen“, sagt Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zu Luise Neumann-Cosel, die mit ihrer Genossenschaft BürgerEnergie Berlin (BEB) das Stromnetz der Hauptstadt kaufen möchte. „Das haben wir schon zweimal versucht“, antwortet die Angesprochene trocken. „Leider haben Sie beide Male abgesagt.“ Ertappt! Das Publikum im ZDF-Studio lacht, der Minister grinst verschämt. Die Szene ist ein treffendes Beispiel dafür, dass bei der Bundesregierung Worte nicht zwangsläufig mit Taten einhergehen. Bei jeder Gelegenheit wird

betont, wie wichtig eine aktive Beteiligung der Bevölkerung für das Gelingen der Energiewende sei – allein der ursprüngliche Gesetzentwurf zur Regulierung alternativer Investmentfonds (neue energie 04/2013 und S. 67) sprach eine komplett andere Sprache. „Wenn das Gesetz so gekommen wäre, wäre das eine große Gefahr für unsere Initiative gewesen“, sagt BEB-Vorstand Neumann-Cosel. „Aus meiner Sicht war das ein Angriff auf die dezentrale Energieversorgung in Bürgerhand.“ Sie sei froh, dass mit dem aktuellen Beschluss des Finanzausschusses nun offensichtlich politische Vernunft eingekehrt sei und auch in Zukunft Bürgerenergieprojekte mit privaten Beteiligungen von weniger als 20 000 Euro möglich bleiben. Bei der BEB können Interes-

sierte schon mit einem Mindestbetrag von 500 Euro einsteigen. Ende 2014 läuft der Konzessionsvertrag des Landes Berlin mit dem jetzigen Stromnetzbetreiber Vattenfall aus, das Verfahren zur Neuvergabe der Betriebserlaubnis hat bereits begonnen. Acht Bewerber haben ihren Hut in den Ring geworfen, darunter die Bürgerenergie-Genossenschaft, der sich inzwischen rund 1000 Genossen und so genannte Treugeber angeschlossen haben, deren Einzahlungen zunächst auf ein Treuhandkonto gehen und erst bei Zustandekommen des Projekts in Genossenschaftsanteile umgewandelt werden; die zugesicherte Summe liegt bislang bei rund fünf Millionen Euro. Wie teuer der Kauf des Netzes am Ende wird, ist nicht abzusehen. Vattenfall selbst gibt den Sach- ▶

zeitwert mit 2,5 bis drei Milliarden Euro an, viele Experten halten einen Kaufpreis von etwa 800 Millionen Euro für realistisch. Die Genossenschaft geht davon aus, bei einem erfolgreichen Abschluss der Bewerbung 30 bis 40 Prozent Eigenkapital beizusteuern. Sollte bis 2015 nicht genügend Geld zusammenkommen, kann man sich auch eine Kooperation mit anderen Interessierten vorstellen – sofern die jeweiligen Vorstellungen über den künftigen Netzbetrieb im Wesentlichen übereinstimmen.

„Das Stromnetz ist ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge, da braucht es demokratische Kontrolle und Mitsprache der Bürger“, begründet Neumann-Cosel das Engagement der Beteiligten, die allesamt auch die Energiewende vorantreiben und den Ausbau der Erneuerbaren in Berlin beschleunigen wollen. Ein großer Konzern wie Vattenfall, der einen Großteil seines Profits mit der Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen mache, sei daran wenig interessiert. „Dafür brauchen wir einen unabhängigen und glaubwürdigen Betreiber, der die Sache aus eigener Kraft forciert und das Netz proaktiv auf den Anschluss künftiger Erneuerbare-Energien-Anlagen vorbereitet.“

Nicht zuletzt geht es den Initiatoren auch darum, die anfallenden Gewinne in der Stadt zu behalten. Angesichts der aktuell von den Regulierungsbehörden zugestandenen Renditen von sechs bis neun Prozent erwirtschaftete Vattenfall regelmäßig Millionenbeträge, betont Neumann-Cosel. „Dieses Geld wollen wir in Zukunft zu einem Teil in die Energiewende vor Ort investieren und zum anderen Teil an die beteiligten Bürger zurückfließen lassen.“

Nach Angaben des Verbands kommunaler Unternehmen läuft bis 2015/2016

ist, eine mögliche Rekommunalisierung derzeit vielerorts ein Thema.

Auch in Berlin hat die Landespolitik angekündigt, das Stromnetz wieder in die eigene Hand nehmen zu wollen. Allerdings gehen die Regierungspläne der Initiative Berliner Energietisch nicht weit genug. Die Initiatoren haben darum ein Volksbegehren auf den Weg gebracht, in dessen Rahmen bis zum 10. Juni 173 000 Unterschriften (angestrebt werden sicherheits halber 200 000) gesammelt werden müssen. Gelingt dies, wird es zu einem Volksentscheid über den vom Energietisch erarbeiteten Gesetzentwurf kommen.

Im Zentrum dieses Entwurfs „für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung“ steht die

Forderung nach Gründung eines Stadtwerks, das Berlin perspektivisch zu 100 Prozent mit echtem Ökostrom versorgen soll, sowie einer Berliner Netzgesellschaft zur Übernahme des Stromnetzes. „Wir haben hier einen großen Nachholbedarf bei den erneuerbaren Energien“, erläutert Sprecher Stefan Taschner und verweist auf die jüngste Leiternstudie der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), bei der Berlin im Ländervergleich erneut auf dem letzten Platz gelandet ist. Nach wie vor steht in der Stadt nur eine einzige größere Windkraftanlage, der Anteil der Photovoltaik-Stromerzeugung am möglichen Potenzial war im Untersuchungsjahr 2011 mit 0,9 Prozent verschwindend gering. Insgesamt beträgt der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung nach Angaben der AEE aktuell 2,6 Prozent.

„Wir brauchen jetzt Akteure, die deutlich mehr im Sinne der Erneuerbaren agieren“, macht Taschner deutlich. So überrascht es nicht, dass sich beim Energietisch viele Argumente und Ziele finden, die auch die BEB verfolgt – man habe zum Erreichen dieser Ziele lediglich unterschiedliche Wege gewählt, so Taschner. „Wir verstehen uns gut und machen viel zusammen. Wenn wir beide erfolgreich sind, kann es durchaus sein, dass wir uns später gegenseitig ergänzen.“ Bis Mitte April hatte der

## » Aus meiner Sicht war das ein Angriff auf die dezentrale Energieversorgung in Bürgerhand.“

Luise Neumann-Cosel, „BürgerEnergie Berlin“, zur geplanten Neuregelung alternativer Investmentfonds

bundesweit die Mehrzahl aller existierenden Stromkonzessionsverträge aus. Auch in anderen Städten und Gemeinden beobachtet man darum interessiert, was gerade in der Hauptstadt passiert. „Wenn eine große Stadt wie Berlin den Mut hätte, das Stromnetz in einem anderen Modell zu vergeben, hätte das eine große Strahlkraft“, meint Neumann-Cosel. Während das genossenschaftliche Modell in diesem Zusammenhang noch eher selten zu finden



**Unterschriftensammlung:** Im Rahmen eines Volksentscheids wollen die Initiatoren des Berliner Energietischs über ihren Gesetzentwurf zur Rekommunalisierung des Stromnetzes abstimmen lassen.

Energietisch gut 50 000 Unterschriften beisammen. Taschner gibt sich optimistisch, dass die Zielmarke erreicht wird: Dann könnte es am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, zum Volksentscheid kommen. Wie übrigens auch in Hamburg, wo engagierte Bürger ebenfalls einen Volksentscheid zur Übernahme des Strom- sowie zusätzlich des Gas- und des Fernwärmenetzes durch die Stadt erzwungen haben.

Auch in Hamburg heißt der aktuelle Betreiber des Stromnetzes Vattenfall. Die Konzernzentrale möchte beide Netze behalten, weil sie „betriebswirtschaftlich stabilisierend“ wirken, wie Pressesprecher Hannes Stefan Hönemann mitteilt. Um in der Hauptstadt zumindest mehrheitlich an einer neu zu gründenden Netzgesellschaft beteiligt zu werden, hat Vattenfall dem Senat laut Medienberichten einen Deal angeboten: Man sei bereit, dafür die Unternehmensanteile an der Berliner Energieagentur abzutreten und damit den Weg für einen Ausbau der Agentur zum kommunalen Stadtwerk frei zu machen, heißt es.

Hönemann widerspricht. Es gebe keine Vereinbarung zwischen Vattenfall und der Stadt Berlin, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem Konzessionsverfahren stehe: „Wir sind einer von acht gleichgestellten Bewerbern im Verfahren.“ Und auch den häufig geäußerten Vorwurf, das Unternehmen halte Informationen über den Zustand des Stromnetzes zurück, will er so nicht stehen lassen. Man habe der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen in den vergangenen Monaten eine breite Datenbasis übergeben und auch die Öffentlichkeit umfassend informiert. Mit dem Portal [www.netzdaten-berlin.de](http://www.netzdaten-berlin.de) sei man gar Vorreiter unter den Stromverteilnetzbetreibern in Deutschland. Im Übrigen habe Vattenfall „ein sehr großes Interesse an der Energiewende“.

Das hat auch die Anfang März in der Hauptstadt vorgestellte Kampagne „Die Wende – Energie in Bürgerhand“, die bis zur Bundestagswahl im ganzen Land Stimung für einen dezentralen Ausbau der Erneuerbaren unter Beteiligung möglichst vieler Bürger machen will. „Wir möchten die Bürgerenergie sichtbar machen und die Menschen zum Mitmachen auffordern“,



**Kein Interesse an Bürgerprojekten?** In Maybrit Illners Talkrunde wies Luise Neumann-Cosel (links) darauf hin, dass Bundesumweltminister Altmaier (2.v. links) bislang allen Einladungen ihrer Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eine Absage erteilt habe.

erläutert Fabian Zuber, Leiter des Kampagnenbüros. In den vergangenen Jahren sei schon viel erreicht worden. Nun gelte es, diese Erfolge zu verdeutlichen und die Energiewende von unten her fortzuführen. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen, könne man zum Beispiel örtliche Bundestagskandidaten zu den in ihren Wahlkreisen entstandenen Bürgerprojekten einladen.

Die Initiative stellt im Internet nicht nur Tipps für solche Aktionen sowie Informationsmaterial bereit, sondern hat auch eine eigene Energiewende-Charta formuliert. Zuber: „Es gibt in Deutschland Millionen von Energiebürgern – wir hoffen, dass ganz viele von ihnen die Charta unterschreiben, damit das politische Gewicht unserer Kampagne möglichst groß wird.“

Zu den expliziten Zielen gehört es, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als „Bürgerenergiegesetz“ weiterzuentwickeln. Der demokratische Charakter der Energiewende müsse bei der Weiterentwicklung des EEG sowie der Wärme- und Effizienzgesetzgebung erhalten bleiben, damit die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt aller Bürger in allen Regionen bleibe, heißt es in der Charta. Initiatoren des Ganzen sind die Stiftung „100 Prozent Erneuerbar“, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, das Netzwerk „Energiewende jetzt“, die GLS-Bank-Stiftung, die Haleakala-Stiftung sowie die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin.

Letztere wird im Übrigen bald einen weiteren prominenten Genossen in ihren Reihen begrüßen können. In der eingangs erwähnten Talkshow wollte es Peter Altmaier am Ende nicht auf sich sitzen lassen, dem ebenfalls anwesenden grünen Ex-Umweltminister Jürgen Trittin in dieser Sache nachzustehen: Da Trittin schon seit einigen Monaten Mitglied ist, nahm auch Altmaier nach der Sendung ein Aufnahmeformular mit nach Hause. Das hatte er zwar bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe Ende April noch nicht unterschrieben zurückgeschickt – dafür sind mittlerweile jedoch Vertreter der Genossenschaft für Ende Mai zu einem persönlichen Gespräch ins Ministerium eingeladen worden. Luise Neumann-Cosel und ihre Mitstreiter gehen davon aus, spätestens dann den ausgefüllten Antrag mitnehmen zu können. ◀

## Kontakte

**BürgerEnergie Berlin:**  
[www.buerger-energie-berlin.de](http://www.buerger-energie-berlin.de)

**Berliner Energietisch:**  
[www.berliner-energietisch.net](http://www.berliner-energietisch.net)

**Die Wende – Energie in Bürgerhand:**  
[www.die-buergerenergie-wende.de](http://www.die-buergerenergie-wende.de)